

---

# SPD, Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, Gö-Linke und Piraten- Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

---

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 199  
Tel.: 0551-400 2290  
E-Mail [spd-fraktion@goettingen.de](mailto:spd-fraktion@goettingen.de)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 130  
Tel.: 0551-400 2785  
E-Mail [grueneratsfraktion@goettingen.de](mailto:grueneratsfraktion@goettingen.de)

Gö-LINKE-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 196  
Tel.: 0551-400 2499  
E-Mail [goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

Piraten-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer127  
Tel.: 0551-4003077  
E-Mail [piraten-ratsfraktion@goettingen.de](mailto:piraten-ratsfraktion@goettingen.de)

---

02. Februar 2012

## **Resolution zum Polizeieinsatz auf dem Uni-Campus von 10.01.2012**

Der Rat der Stadt Göttingen möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen missbilligt das Vorgehen der Polizei vom 10.01.2012 am Rande einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) mit dem Niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann und dem Göttinger Polizeipräsidenten Robert Kruse auf dem Uni-Campus.

### **Begründung**

Anlässlich einer Veranstaltung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 10.01.2012 mit Innenminister Schünemann riefen mehrere Organisationen, unter anderem die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) zu einer friedlichen Demonstration im Zentralen Hörsaalgebäude (ZHG) der Universität Göttingen gegen die restriktive Asyl- und Sicherheitspolitik Uwe Schünemanns (CDU) auf. Es formierte sich eine friedliche Demonstration vor dem Hörsaal, in welchem die Veranstaltung stattfand.

Wie sich mittlerweile aus diversen Internetvideo- und Videomittschnitten, unter anderem des NDR ergibt, kam es ohne erkennbaren Anlass zu einem eskalativen und gewalttätigen Vorgehen der Polizei. Hierdurch wurden zahlreiche Studierende verletzt. Zudem wurde das hohe Gut des Rechts auf Versammlungsfreiheit eingeschränkt, als eine Sitzblockade ohne vorherige Ankündigung und unter Anwendung von massiver Gewalt beendet wurde. Anstatt den friedlichen Protest in der Universität, dem eigentlich Hort kritischen Diskurses und freier Meinungen, gewähren zu lassen, griff die Polizei in diese Sphäre der argumentativen Auseinandersetzung ein und sorgte letztendlich mit ihrer gewalttätigen Eskalation für zahlreiche Verletzungen auf Seiten der Schünemann-Kritikerinnen und Kritiker.

Der Rat der Stadt Göttingen solidarisiert sich mit den verletzten und in ihren Grundrechten eingeschränkten Studierenden. Er fordert eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle.